A-09-265 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 265 bis 272:
~~Aus~~Aber aus unserer Geschichte ergibt sich gerade auch ~~die~~eine grundsätzliche Verantwortung für das Völkerrecht, die Würde jedes Menschen und die allgemeinen Menschenrechte. Nur wenn Deutschland und die EU sich auch im Nahen Osten nachdrücklich ~~für sie~~dafür einsetzen, wird unser weltweites Bemühen um eine regelbasierte internationale Ordnung glaubwürdig sein. Deswegen haben wir uns so intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit ~~we~~wurden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen erreicht und ~~es~~ bemühen uns mit unseren Partnern weiter, den aktuell brüchigen Waffenstillstand in einen langanhaltenden, stabilen Frieden zu überführen.
Es gilt jedoch ebenso für die Sicherheit der Palästinenser*innen und ihre Menschenrechte. Sie haben das Recht, ihr Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen und auch ihnen ist Schutz vor willkürlicher Gewalt zu gewährleisten, sei es durch die israelische Armee, israelische Siedler und Sicherheitskräfte, sei es durch Hamas oder andere Terroristen.
Die Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah und andere militante Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, dass sie Israel vernichten wollen. Sie negieren das Existenzrecht Israels. Netanjahu und die Rechtsextremen in seiner Regierung machen mittlerweile keinen Hehl mehr daraus, dass sie die Palästinenser*innen möglichst vollständig aus dem heutigen Gebiet Israels und Palästinas vertreiben wollen. Beides werden wir nie akzeptieren.
Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas mit unfassbarer Gewalt und Brutalität einen Terroranschlag auf Israel verübt. Mehr als 1.200 Menschen wurden von der Hamas ermordet, begleitet von unsäglicher sexualisierter Gewalt, 251 Menschen wurden verschleppt. Familien, Kinder, Jugendliche, die auf einem ~~Waffenstillstand kommt~~Festival tanzten, wurden auf grausame Weise umgebracht. Es war der schlimmste Angriff auf jüdisches Leben seit der Shoah, ein Angriff auf das Existenzrecht Israels und auf die gesamte israelische Gesellschaft. Die gezielten Angriffe durch die jemenitischen Houthis, die Hisbollah und den Iran nach dem 7. Oktober haben zu vielen weiteren Todesopfern geführt.
Den auf die Terroranschläge vom 7. Oktober folgenden Krieg hat die Hamas in ihrer Skrupellosigkeit provoziert. Die völkerrechtswidrige Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza ist dadurch aber nicht zu rechtfertigen
In der Folge des 7. Oktober wurde von der israelischen Regierung, maßgeblich gesteuert durch

rechtsextreme Minister und den Ministerpräsidenten, der Gazastreifen mit einem völkerrechtswidrigen Krieg überzogen, bei dem

- mehr als 80% der Bebauung zerstört wurde,
- mehr als 60.000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, getötet wurden
- und mehrere 100.000 verletzt wurden,
- befreite, unbewaffnete israelische Geiseln (die man wohl für unbewaffnete Palästinenser hielt) erschossen wurden,
- Krankenhäuser bombardiert wurden,
- die Bevölkerung teilweise durch die Verweigerung von Hilfstransporten, von den Vereinten Nationen bestätigt, regelrecht ausgehungert wurde
- mehr als 200 Journalist*innen und Pressemitarbeiter*innen grundlos ermordet wurden,
- Krankenwagen im Einsatz angegriffen, deren Insassen ermordet wurden und alles verbuddelt wurde.
- All diese Verbrechen müssen dokumentiert und rechtlich verfolgt und geahndet werden, soll je irgendwann ein friedliches Zusammenleben wieder möglich werden.
  Beides hat die Betroffenen zutiefst traumatisiert. Unsere tiefe Solidarität gilt den Opfern und ihren Familien. Wir blicken mit tiefer Anteilnahme auf den 7. Oktober, dessen Folgen und auf das Leid, das der Terroranschlag der Hamas und der folgende völkerrechtswidrige Krieg der IDF, den Befehlen der rechtsextremen Minister und des Ministerpräsidenten folgend, bis heute verursacht.
  Zugleich haben die oft von der israelischen Regierung unterstützte Siedlergewalt, der illegale Siedlungsbau und die damit einhergehenden Vertreibungen und Annexionspläne im Westjordanland ebenfalls in deutlich völkerrechtswidrigem Umfang massiv zugenommen. Die palästinensische Autonomiebehörde (PA) wurde durch das Vorenthalten von Steuer- und Zolleinnahmen an den Rand des Bankrotts gebracht.
  Wir halten fest an der Herrschaft des Rechts und werden uns massiv auf EU-Ebene für Sanktionen gegen die handelnden Politiker, aber auch gegen den Staat Israel selbst, einsetzen, solange dieses Unrecht andauert. Das Durchsetzen von Unrecht mittels Gewalt bekämpfen wir im Nahen Osten genauso intensiv und glaubhaft wie im Ukraine-Russland-Krieg.
  Seit dem 7. Oktober hat der Antisemitismus weltweit eine starke Zunahme erfahren und nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und weltweit ist für uns eine Verpflichtung. Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft vor - egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können.
  Auch haben die Übergriffe und Beleidigungen gegen Mitbürger*innen islamischen Glaubens in Deutschland in extremem Maß zugenommen. Beide werden in Geiselhaft genommen für die Verbrechen der Hamas und anderer Terroristen wie auch der Völkerrechtsverbrecher in der israelischen Regierung. Beides ist unverantwortbar, beides lehnen wir entschieden ab.
  Die gezielten Angriffe durch die jemenitischen Houthis, die Hisbollah und den Iran nach dem 7. Oktober haben zu vielen weiteren Todesopfern geführt. Die teilweise völlig überzogenen, teilweise völkerrechtswidrigen Aktionen der israelischen Armee haben zahlreiche Menschenleben und noch mehr Verletzte gekostet, viele wurden aus ihrer Heimat vertrieben, vor allem im Libanon und in Syrien. Wir verurteilen die fortgesetzte Gewalt und die Anschläge all dieser Akteure. Die Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah und andere militante Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, dass sie Israel vernichten wollen. Sie negieren das Existenzrecht

Israels. Netanjahu und die Rechtsextremen in seiner Regierung machen mittlerweile bekennen offen, dass sie die Palästinenser*innen möglichst vollständig aus dem heutigen Gebiet Israels und Palästinas vertreiben wollen. Beides werden wir nie akzeptieren.
All diese Verbrechen müssen dokumentiert und rechtlich verfolgt und geahndet werden, soll je irgendwann ein friedliches Zusammenleben wieder möglich werden.
Heute, fast zwei Jahre nach Beginn der Eskalation, gibt es Hoffnung auf ein Ende des Krieges und auf Frieden. Die Friedensgespräche in Ägypten haben zur Freilassung der Geiseln und einem Waffenstillstand in Gaza geführt. Nach zwei Jahren in den Händen der Hamas konnten die noch lebenden Geiseln endlich zurück zu ihren Familien. Hunderttausende Menschen in Gaza können endlich auf ein Ende der Angriffe und der humanitären Notlage hoffen. Diese Freude und Erleichterung teilen wir. Und es war ein Tag der Trauer über die verstorbenen Geiseln, von denen bis heute nicht alle an ihre Angehörigen überführt wurden. Wir teilen den Schmerz der Menschen in Gaza, die ihre Angehörigen nur noch unter den Trümmern bergen können. Im Rahmen des Friedensprozesses muss jetzt alles getan werden, damit das Schweigen der Waffen Bestand hat. Als nächstes braucht es die Entwaffnung der Hamas, die Absicherung des Gazastreifens durch eine internationale Truppe, den Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen sowie der Übergabe der Verantwortung zunächst an eine Technokraten-Übergangsregierung aus den arabischen Nachbarländern, dann – wenn eine neue Politikstruktur aufgebaut ist – an die Palästinenser*innen. Dabei bleiben folgende Grundsätze für uns leitend: Von Gaza darf künftig keine Gefahr mehr für Israels Sicherheit ausgehen. Die Palästinenser*innen dürfen nicht aus dem Gazastreifen oder der Westbank vertrieben werden, und es darf keine Wiederbesetzung oder territoriale Reduzierung des Gazastreifens oder der Westbank durch Israel geben. Es braucht eine gemeinsame Perspektive für den Gazastreifen und das Westjordanland. Die völkerrechtswidrige Besatzung der Westbank und die Annexionen müssen beendet werden. Es darf keine Lösung über die Köpfe der Palästinenser*innen hinweg geben. Sie müssen den politischen Prozess mitgestalten. Es ist wichtig, dass sich dabei auch die arabischen Nachbarstaaten gemeinsam für eine politische Perspektive engagieren. Auch die völkerrechtswidrige Besetzung der Golanhöhen, die nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes nochmals stark ausgeweitet wurde, muss umgehend enden, unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Israels. Das kann wie bisher durch UN-Truppen sichergestellt werden.
Dieser Prozess braucht aber auch das Ziel von dauerhaftem Frieden und Sicherheit für alle Menschen in der Region. Nur eine Zweistaatenlösung wird dauerhaften Frieden bringen, und dazu gehört die sofortige Anerkennung eines palästinensischen Staates. Diese muss schnellstmöglich zu einer verhandelten Zweistaatenlösung führen, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Israel und die Palästinenser brauchen die Hilfe der internationalen Gemeinschaft, um die Voraussetzungen für einen Frieden zu schaffen, denn der Weg dahin ist weit. Die EU muss im anstehenden Friedensprozess eine aktive Rolle spielen und dabei alle Hebel nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Nur eine starke und geeinte EU kann mit den USA, China und den islamischen Ländern das nötige diplomatische Gewicht entwickeln, um wirkungsvoll zu handeln und den Frieden in Nahost zu sichern. Nur das führt zu einer völkerrechtsbasierten internationalen Ordnung. Die Bundesregierung darf hierbei nicht bremsend am Rande stehen, sondern muss sich konstruktiv für eine gemeinsame Nahostpolitik der EU einbringen.
Deutschland hat sich zu Recht entschieden sicherzustellen, dass keine Lieferungen von Waffen und Rüstungsgütern an Israel erfolgen, die völkerrechtswidrig eingesetzt werden könnten. Bei einem Wiederaufflammen der Kämpfe muss ein Waffenboykott über die gesamte Region verhängt werden, ausgenommen Schutz vor Drohnen- und Raketenangriffen gegen die Zivilbevölkerung.
Deutschland trägt Verantwortung dafür, seiner humanitären Pflicht in der Region gerecht zu werden. Vorrang hat der schnelle, sichere und ungehinderte Zugang zu Hilfsgütern. Unmittelbar dafür notwendig ist der Wiederaufbau funktionierender UN-Verteilstrukturen in Gaza. Die

Sicherheit und Arbeitsfähigkeit humanitärer Akteure sind zu gewährleisten. Humanitäre Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit und den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit verpflichtet. Besonders die Kinder in Gaza wie in Israel gehören zu den besonders schwer Leidtragenden. Diese tief sitzenden Wunden zu sehen und zu heilen gehört jetzt zu den besonders dringlichen Aufgaben für all diejenigen, denen an Menschlichkeit, Aussöhnung und Frieden gelegen ist. Deutschland sollte zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser*innen weiterhin palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen praktisch fördern – durch Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen, Ausbildung von Verwaltung und Justiz, Förderung demokratischer Prozesse und wirtschaftlicher Perspektiven. Die israelische Regierung muss in diesem Zuge die vorenthaltenen Zoll- und Steuereinnahmen der PA freigeben. Eine Wiederaufbaukonferenz für den Gazastreifen sollte maßgeblich von der EU vorangetrieben werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Bedürfnisse der Bürger*innen Gazas im Mittelpunkt stehen - und die Sicherheit Israels gewahrt wird. Der Staat Israel muss einen wesentlichen Teil der Wiederaufbaukosten des in den völlig überzogenen Angriffen des israelischen Militärs zerstörten Gazastreifens übernehmen.
Zu der Zweistaatenlösung zählen auch Schritte gegen diejenigen, die ihn gezielt unterlaufen. Die Bundesregierung muss den Kampf gegen die Terrorgruppen Hamas, Hisbollah und andere djihadistische Gruppen unterstützen. Der Druck auf das iranische Regime als Treiberin der Bedrohung und Destabilisierung der gesamten Region muss ausgebaut werden. Wir setzen uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der iranischen Revolutionsgarden auf EU-Ebene ein. Es braucht jetzt gezielte Sanktionen gegen gewalttätige Siedler und die rechtsextremen israelischen Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir. Hier muss Deutschland seine Blockade im Europäischen Rat endlich aufgeben. Das EU-Assoziationsabkommen enthält starke positive Anreize zur Einhaltung des Völkerrechts. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische Prinzipien ist nach Artikel 2 des Abkommens ein essenzieller Bestandteil der engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen Union. Wir halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für essenziell. Im Falle der Nichtumsetzung des Friedensplans werden wir uns für die Aussetzung des Abkommens einsetzen.
Zu einem Friedensprozess gehört auch die rechtliche und politische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen. Deutsche und EU-Nahostpolitik muss aktiv dafür werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet werden. Dabei spielt die internationale Gerichtsbarkeit - insbesondere der Internationale Strafgerichtshof - eine zentrale Rolle. Für diese Aufarbeitung ist auch die Medienberichterstattung und der freie Zugang der Presse entscheidend. Die bisherigen Verstöße gegen das Presserecht auf freie Berichterstattung, vor allem die mehrfachen, ungerechtfertigten und bisher teilweise nicht aufgeklärten und in fast allen Fällen nicht – oder nicht in angemessenem Umfang – gesühnten Ermordungen von Journalist*innen verurteilen wir auf das Schärfste. Doch nicht allein die Politik zählt jetzt. Der Weg zum Frieden braucht den Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die sich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Dialog einsetzt. Sie spielt eine Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Frieden. Wir wollen diese Zivilgesellschaft weiter fördern, in Israel wie in Palästina. Wir stellen uns deswegen gegen Bestrebungen, Israelis oder Palästinenser*innen von Sport- oder Kulturveranstaltungen auszuschließen, denn diese Schritte ziehen die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft – nicht zuletzt diejenigen, die für Demokratie und Frieden kämpfen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für die demokratische Verfasstheit Israels und den Schutz seiner Bevölkerung vor dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und demokratischen Strukturen einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die genau diese Werte für einen palästinensischen Staat wollen.

REDAKTIONELLER UND ORGANSATORISCHER HINWEIS:
AUCH DER WEITERE TEXT BIS ZUM ENDE "... genauso wie wir alle unterstützen, die genau diese

Werte für einen palästinensischen Staat wollen." WIRD ERSETZT. DER ÄA IST EINE GLOBALALTERNATIVE ZUM "NAHOSTTEIL" DES ANTRAGES

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Tabitha Elkins (LV Bayern); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Iva Angelova (KV Südliche Weinstraße); Manuela Braun (KV Rastatt/ Baden-Baden); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Helmut Grossmann (KV Südliche Weinstraße); Jens Evers (KV Hamburg-Wandsbek); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Sebastian Klusak (KV Heidelberg); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.